

## **Offener Brief an Bundeskanzler Vranitzky<sup>1)</sup>**

Wien, am 2. September 1988

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Sie haben im Inlandsreport, am 1. September die Ansicht vertreten, der Treibhauseffekt der Erdatmosphäre, hervorgerufen durch Zunahme der CO<sub>2</sub>-Konzentration lasse es angezeigt erscheinen, sich wieder mit der Kernenergie zu befassen. Auf die Frage des Journalisten räumten Sie dann allerdings ein, solange das Abfallproblem nicht gelöst sei, käme die Kernenergie nicht in Frage, und auch in Hinblick auf das Risikopotential der derzeitigen Reaktortypen meldeten Sie Bedenken an. Jedenfalls aber sprachen Sie sich entschieden für weitere Kernenergie-Forschung aus, in der Hoffnung, den Atomforschern würde eines Tages die Lösung unseres Energieproblems einfallen.

Vor 20 Jahren, als ich im Reaktorzentrum Seibersdorf arbeitete, hat mich die Einsicht in die Unlösbarkeit des nuklearen Abfallproblems, die Kenntnis der radioökologischen und strahlenbiologischen Langzeitfolgen, aber nicht zuletzt die Ignoranz und Verantwortungslosigkeit einiger maßgebender Kernenergie-Experten dazu motiviert, mich gegen die Atomtechnik zu engagieren. Die damalige, recht beschwerliche Außenseiterposition hat sich allerdings bewährt und als richtig erwiesen.

Was hat denn die Kernforschung zu bieten? Kernspaltung und Kernfusion.

Die zahlreichen Reaktortypen die es gibt, Natururan-, Leichtwasser-Reaktoren, Kugelhaufenreaktor, bis zu den Brütern sind zwar hinsichtlich ihres Unfallsverhaltens und Risikopotentials unterschiedlich zu beurteilen, keine einzige Linie aber ist grundsätzlich zu befürworten. Mit allen ist untrennbar sowohl das ungelöste Abfallproblem als auch – in unterschiedlichem Maße – die Gefahr der kriegerischen Atomenergieverwendung verbunden. Es ist heute allerdings für vernünftige Menschen nicht mehr erforderlich, die Ablehnung der Kernenergie mit deren Gefahren zu begründen, es genügt ökonomische Vernunft. In den USA, wo die Kernenergie wenigstens einigermaßen der freien Marktwirtschaft ausgesetzt ist, hat sie sich als nicht überlebensfähig erwiesen. Kernenergie ist nicht nur unakzeptabel gefährlich, sondern auch unakzeptabel teuer.

Das wichtigste Argument gegen die Kernenergie – gerade in dem Problemzusammenhang, den Sie, Herr Bundeskanzler, angesprochen haben, ist energetischer Art. Es genügt ja nicht, daß Atomkraftwerke Strom erzeugen – das können sie – die wichtige Frage lautet: Wie hoch ist der Netto-Energieertrag der gesamten Atomindustrie (Uranbergbau, Anreicherung, Brennelementerzeugung, Anlagenbau, Atommüll-Management inklusive Zulieferindustrie)? Analysen haben ergeben, daß selbst unter günstigen Annahmen eine rasch expandierende Kernindustrie einige Jahrzehnte lang eine negative Energiebilanz aufweist, d.h. mehr fossile Energie konsumiert, als sie Atomstrom liefert. Sie könnte daher, selbst wenn man sich von den Gefahren und exorbitanten Kosten nicht abschrecken ließe, keinen substantiellen Beitrag zum Einsparen fossiler Brennstoffe leisten, eher das Gegenteil.

Bleibt die Kernfusion. Bisher erst als Wasserstoffbombe realisiert, ist sie als Fusionsreaktor technologisch glücklicherweise noch in weiter Ferne. Warum glücklicherweise? werden Sie fragen.

---

<sup>1)</sup> (Abgedruckt in: *Vorarlberger Nachrichten* 24/25.Sept., unter dem Titel: *Atomforschung–wozu?* in der *Kronenzeitung*, 18. Sept 1988)

Die meisten Umweltprobleme hängen direkt oder indirekt mit Energie- bzw. Rohstoffverschwendung zusammen. Stünde unbegrenzt billige Fusionsenergie zur Verfügung, würde die Umwelt mit den indirekten Folgen der Energieverschwendung zugrunde gerichtet werden. Davon abgesehen, hängen mit der Kernfusion einige unerfreuliche Aspekte zusammen, die sie nicht wünschenswert erscheinen lassen: Verschiedene Radioaktivitätsprobleme, z.B. Tritium, die Möglichkeit, mit billigem Abfalluran, ins Neutronenfeld eingebracht, waffenfähiges Plutonium zu erzeugen, die Störung der Energiebilanz der Erde, mit der Folge der Überwärmung, sowie alle gravierenden Nachteile, die mit komplizierten, hoch zentralisierten Energiesystemen verbunden sind. Fusionsforschung ist aus umweltwissenschaftlicher Sicht eine unverantwortliche Verschwendung von Forschungsmitteln.

Bekanntlich verfügen wir aber schon heute über einen leistungsfähigen Fusionsreaktor, der in sicherer Entfernung Energie produziert. Das ist die Sonne. Der bekannte amerikanische Verbraucheranwalt Ralph Nader hat einmal treffend bemerkt: „Die Nutzung der Sonnenenergie ist deshalb nicht voll entwickelt, weil die Sonne nicht Exxon gehört!“ Gerade diesen Umstand sollten wir als Vorteil sehen und nutzen.

Der Treibhauseffekt, der uns Sorgen bereitet, ist nur zum Teil auf die Zunahme der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre zurückzuführen und diese wiederum nur zum Teil auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe. Wesentlichen Anteil an der Zunahme des Kohlendioxids hat das Abholzen tropischer Wälder, der Humusverlust von Böden als Folge „moderner“ Landwirtschaftsmethoden und vielleicht auch die durch Luftverschmutzung verminderte Photosyntheseleistung der Wälder der nördlichen Hemisphäre.

Globaler Umweltschutz ist nicht mit einer technisch-wissenschaftlichen Patentlösung möglich, sondern erfordert die Anwendung und Umsetzung zahlreicher bekannter Erkenntnisse und Konzepte sowie – nicht zuletzt – die möglichst großräumige Erhaltung naturnaher Lebensräume.

Die gleichen Strategien, die global erforderlich sind, müssen in Österreich zur Waldrettung in Angriff genommen werden. Es geht darum, so rasch wie möglich die Verbrennung fossiler Brennstoffe drastisch zu verringern. Glücklicherweise existieren zahlreiche technische Möglichkeiten: Wärmetechnische Gebäudesanierung, Kraft-Wärme-Kupplung, energieeffiziente Geräte. Solange in diesen und anderen Bereichen mit einer bestimmten Investitionssumme mehr Energie eingespart werden kann, als mit der gleichen Summe etwa in einem neuen Wasserkraftwerk erzeugt werden könnte, ist jeder Schilling, der in die Wasserkraft investiert wird, als Beitrag gegen die Waldrettung anzusehen. Das ist derzeit der Fall. Neben rein energiepolitischen klaren Prioritäten in Richtung Verringerung unnötiger und teurer (!) Energieverschwendung sind Maßnahmen zur Müllvermeidung, zur Verringerung des KFZ-Verkehrs, um nur einige zu nennen, notwendig.

Der Ruf nach Forschung ist bequem, denn solange keine große „Lösung“ in Sicht ist, bleibt uns wohl nichts übrig, als so weiter zu tun wie bisher...

Warum sprachen Sie sich für Kernenergie-Forschung aus? Der Verdacht liegt nahe, daß Sie sich von unentwegten „Atomfans“ beraten lassen, von Leuten, die auch nach Tschernobyl am liebsten Atomkraftwerke, Wiederaufarbeitungsanlagen und Plutonium-Brüter bauen würden, wenn man sie ließe, und die bis heute – wie ich es überspitzt formuliere – „an den Endsieg der Technik über die Natur“ glauben. Es scheint so, als wäre die Atomlobby in unserem Land immer noch allzu einflußreich.

Von verengten Experten, die sich als blind gegenüber den unlösbaren technischen, ökologisch-gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen ihrer Fortschrittskonzepte und als nicht lernfähig erwiesen haben, sind wohl kaum akzeptable Lösungen zu erwarten. Es ist höchste Zeit, die Forschungsgelder, die diese Herrschaften vergeuden, auf die Entwicklung zukunftsorientierter

technischer Konzepte umzuleiten. Zehn Jahre Schonzeit nach dem Atomsperrgesetz sollten genug sein! Die geistig flexiblen Wissenschaftler mit Verantwortungsgefühl haben sich ohnehin schon längst aussichtsreichen und umweltverträglichen Bereichen zugewendet.

Die Wege aus der Umweltkrise sind heute schon erkennbar, umweltverträgliche Formen der Technik und Wirtschaft, stehen bereit, zum Wohle der Menschen und zur Entlastung der Natur verwirklicht zu werden. Es geht vor allem darum, mit geeigneten politischen und gesetzlichen Maßnahmen den notwendigen Alternativen zum Durchbruch zu verhelfen.

Aber auch die Hindernisse sind klar zu erkennen: Individuelles Verantwortungsgefühl steht organisierter, machtvoller Verantwortungslosigkeit gegenüber, die unter anderem in Form transnationaler Konzerne ohne Rücksicht auf Lebens- und Überlebensinteressen agiert. Ein Paradebeispiel dafür ist die Atomindustrie, militärisch und zivil, die schon in manchem Land umwelt- und sozialverträgliche Energiekonzepte verhindert hat.

Es ist mir bewußt, daß die hohe Politik unseres Landes sich des Volksentscheids gegen die Atomenergie vor beinahe zehn Jahren immer ein wenig geschämt hat. Dazu besteht aber kein Grund. Die historische Entwicklung hat dem österreichischen Volk Recht gegeben. Wir können stolz darauf sein, schon vor zehn Jahren – einige Monate vor Three Mile Island und 8 Jahre vor Tschernobyl – den Ausstieg aus der Kernenergie in demokratisch vorbildlicher Weise verwirklicht zu haben.

Es wäre an der Zeit, zu erkennen, daß Österreich prädestiniert ist, auf internationaler Ebene die Interessen der „atomfreien“ Länder zu vertreten. Der Kanzler unseres Landes sollte sich nicht zur Atomforschung bekennen, sondern eine glaubwürdige, wirksame Politik zur Überwindung der nuklearen Bedrohung betreiben.

Mit freundlichem Gruß,

Dr. Peter Weish<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Studiengruppe Ökologie, 1070 Wien, Messeplatz 1, St. 14 – Vizepräsident des Forums Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz und der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT)